Ralf Krämer, 21.11.2026

Was für eine Partei ist nötig und sollte das BSW sein - und was nicht?

Zur gesellschaftlichen und politischen Lage, Aufgaben und dem Verhältnis zu anderen Parteien

1. Eine Partei, auch die Erringung von Mandaten, politischen Posten oder Medienprominenz, sind **kein Selbstzweck, sondern ein Instrument zur Verfolgung politischer Ziele**. Diese sind beim BSW allgemein formuliert im Gründungsprogramm, Grundsätze sind Frieden, Freiheit, soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Vernunft. Konkretisiert werden sie durch die Betrachtung der gesellschaftlichen und politischen Lage und Probleme und die Bestimmung, für welche Menschen und ihre Interessen sich die Politik einsetzen soll. Dem BSW geht es um Politik für die große Mehrheit in unserem Land, die arbeitende Menschen und ihre Familien und die sozial Benachteiligten, für gute Lebensbedingungen, gleiche Chancen und Gerechtigkeit für alle Menschen, die dauerhaft hier leben.

2. Die Menschen in unserem Land gehören in ihrer **überwiegenden Mehrheit zur Klasse der Lohnabhängigen oder sie leben als kleine Selbstständige von ihrer eigenen Arbeit**. Sie haben **Interessen** an auskömmlichen und leistungsgerechten Einkommen, sozialer und persönlicher Sicherheit und Schutz vor Gewalt und Diskriminierung, Gesundheitsversorgung und Pflege, angemessener und bezahlbarer Wohnung, gut funktionierenden öffentlichen Infrastrukturen, Einrichtungen und Leistungen, einer lebenswerten Umwelt und Natur, guter Bildung und Zukunftschancen für die Jüngeren, persönlicher und politischer Freiheit und Gestaltungsmöglichkeiten, und an Frieden als Grundlage für alles weitere. Für die große Mehrheit der Bevölkerung, der Arbeitenden und ihrer Familien, der Jugend, der Alten, der Erwerbslosen, der gesundheitlich oder sozial Benachteiligten ist das nur zu erreichen durch einen **sozialen und demokratischen Rechtsstaat** sowie durch starke **Gewerkschaften** und andere soziale Organisationen, die sich für diese Interessen einsetzen. Der politische Einsatz dafür kennzeichnet **klassisch linke Parteien und Bewegungen.**

3. Seit mehreren Jahrzehnten werden diese Interessen und die sozialen und demokratischen Errungenschaften der Arbeiterbewegung und anderen sozialen und demokratischen Kräfte zunehmend missachtet und abgebaut - in den ärmeren, Rohstoffe und billige Arbeit liefernden Ländern war das schon immer der Fall. Bestimmend sind die Strukturen und Triebkräfte des internationalisierten neoliberalen **Kapitalismus**, der zunehmend durch Finanzkapital und digitale Vernetzung gesteuert und durch die EU und global durch den US-Imperialismus mit seinen diversen Machtinstrumenten befestigt wird. Gewählte Regierungen haben nur begrenzte Gestaltungsmöglichkeiten, und diese werden überwiegend im Interesse des großen Kapitals eingesetzt. Demokratische Kontrolle und Steuerung ist kaum möglich. Dieses System befindet sich **in einer fortschreitenden und multiplen Krise**. Die herrschenden Kräfte des großen Kapitals und der mit ihnen verbundenen Eliten in Politik und Staat, Medien und Kultur, Wissenschaften und Organisationen setzen zunehmend auf internationale **Konfrontation und Krieg** und bürden den Bevölkerungen die Lasten auf.

4. Auf der parteipolitischen Ebene wird diese herrschende Politik von den **Parteien der „Mitte“** (CDU/CSU, SPD, Grüne, FDP) getragen, in wechselnden Bündnissen und einschließlich sich „linksliberal“ verstehender Medien und Hilfstruppen. Diese unterscheiden sich in einigen wirtschafts- und sozialpolitischen und anderen innenpolitischen Positionen, aber alle bewegen sich im Rahmen der bestehenden Herrschaftsverhältnisse, der US-geführten NATO und der EU und des allgemeinen Kurses von Hochrüstung und Militarisierung. Auch die **Linkspartei** spielt in Koalitionen in diesem Rahmen mit, obwohl sie programmatisch soziale Politik fordert und Hochrüstung und Militarisierung ablehnt. Sie ist zwar abstrakt gegen Kapitalismus, aber nicht in praktischer Opposition gegen die herrschende gesellschaftliche Ordnung und Oligarchie und die internationalen Institutionen und Mächte, die diese befestigen (insb. NATO, EU, USA). Deswegen und insoweit wird sie auch von den Mainstream-Kräften und -Parteien akzeptiert.

5. Die AfD stellt sich mit rechtspopulistischen und rassistischen Sprüchen gegen Eingewanderte, gegen (jeweils angeblich) Arbeitsunwillige und zu viel Sozialstaat, fehlgeleitete Gewerkschaften und übergriffige Linke als Alternative dar, und insbesondere in Ostdeutschland auch als Friedenspartei, die die Kon-

frontationspolitik gegen Russland ablehnt. Tatsächlich ist die **AfD keine soziale, friedenspolitische und demokratisch vertretbare Alternative**, sondern steht für eine radikalisierte Fortsetzung der autoritär-prokapitalistischen Politik und einen stärker national bestimmten Imperialismus. Sie fordert eine Wirtschafts- und Sozialpolitik zugunsten der Unternehmen und Vermögenden und unterstützt nationalistische Machtpolitik, Hochrüstung und Militarisierung. Sie ist nicht insgesamt eine Nazi-Partei, aber verbunden mit völkisch-nationalistischen und faschistischen Ideologien und Organisationen und fordert die zwangsweise „Remigration" Millionen Eingewanderter. Sie duldet in ihren Reihen offen rechtsextreme und antidemokratische Kräfte, auch in führenden Funktionen und Mandaten. Sie will nicht Meinungsfreiheit für alle, sondern Freiheit für rechte Positionen und die Unterdrückung und Verfolgung linker und internationalistischer Kräfte.[1]

6. In den letzten Jahren haben sich die wirtschaftlichen und sozialen Krisen und die politischen Konflikte in Deutschland verschärft, in Folge der Covid-Pandemie und dann des Ukraine-Kriegs und der Kriege in Westasien sowie des Aufstiegs Chinas und der aggressiven Wirtschaftspolitik der USA. Die **deutsche Politik** setzt dabei immer aggressiver auf Kriegsbeteiligung und Kriegsvorbereitung gegen Russland, Hochrüstung und Militarisierung. Sie strebt Dominanz in Europa und eine stärkere internationale Macht an, unterwirft sich aber weiterhin der Vorherrschaft des US-Imperialismus. Die Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik verfolgt die Interessen des großen Kapitals und baut soziale Errungenschaften ab. Dies sind zwei Seiten einer Medaille einer Politik, eines **Klassenkampfes von oben**, zu deren Durchsetzung Propagandaerzählungen verbreitet sowie Freiheitsrechte und Demokratie eingeschränkt werden.

7. **In der Bevölkerung wächst die Unzufriedenheit** mit der Entwicklung des Landes und der Politik, die dafür verantwortlich gemacht wird. Besonders unter Druck und betroffen von steigenden Preisen, Mieten und Unsicherheit sind die Angehörigen der Arbeiterklasse, der nicht höher qualifizierten und schlechter bezahlten Teile der Bevölkerung. Immer mehr Menschen wenden sich von den regierenden Parteien der extremen „Mitte" ab. Deren Politik und Dominanz wird mit zunehmend autoritären Methoden der Medienmacht und des Staates durchgesetzt. Der Protest der sozial Bedrohten und politisch Unzufriedenen äußert sich wahlpolitisch überwiegend zugunsten der AfD. In geringerem Maße wird auch die Linkspartei dadurch gestärkt und auch das BSW wird überproportional gewählt. Viele Unzufriedene wählen aber weiterhin eine der „Mitte"-Parteien oder gar nicht. **Der Protest ist politisch-ideologisch nicht einheitlich orientiert und zu einem großen Teil nicht festgelegt.**

8. Das Protestwahlverhalten darf nicht damit verwechselt werden, wie politisch durchsetzungsfähige Opposition und Kräfte für Friedenspolitik und eine soziale und demokratische Alternative zur herrschenden Politik aufgebaut werden können. Als Grundlage für veränderte politische Kräfteverhältnisse sind **außerparlamentarische Bewegungen und politisch-ideologische Auseinandersetzungen in der Gesellschaft notwendig**, die Unterstützung und Druck für eine solche Alternative aufbauen. **Die wirkliche Alternative gegen die herrschende Politik ist eine klassisch linke**, die in Gewerkschaften, Friedensbewegung, sozialen und demokratischen Organisationen und Bewegungen verankert ist und in und möglichst mit diesen gegen die herrschende Politik mobilisiert. Diese Kräfte sind noch zu schwach, aber es gibt positive Entwicklungen, zunehmende Proteste gegen den Abbau von Arbeitsplätzen, Arbeitnehmerrechten und Sozialstaat, gegen Hochrüstung und Krieg und für eine bessere Zukunft, in den Betrieben und Gewerkschaften und in der Jugend, und inspiriert durch Bewegungen in anderen Ländern Europas und der Welt.

9. **Sahra Wagenknecht nimmt eine Aufteilung der politischen Landschaft in zwei Lager vor**: ins „machterhaltende Lager" sortiert sie die etablierten Parteien bzw. ihre Wähler inkl. der Linken, von „Kriegstreibern (…) über neoliberale Hardliner (…) bis zu den Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbänden".[2] Ins „Lager der Unzufriedenen" sortiert sie „die Wähler, die AfD, BSW, einige Kleinstparteien oder gar nicht wählen". Wagenknecht leitet daraus in Verbindung mit einer wohlwollend differenzierten Beschreibung der

---

[1] Vgl. auch: https://agbsw.de/agbsw/die-afd-ist-unser-gegner-fuer-eine-soziale-demokratische-und-friedenspolitische-alternative/

[2] Vgl. https://bsw-vg.de/sahra-wagenknecht-die-nazi-keule-hilft-demokratische-regeln-ausser-kraft-zu-setzen/ und https://digital.bsw-vg.de/klare-linie-3/jetzt-erst-recht

AfD bei gleichzeitig undifferenziert zugespitzter Kritik der „Brandmauer-Parteien“ und ihrer Unterstützer ab, das BSW solle sich vor allem darauf orientieren, mit der AfD „Gemeinsamkeiten auszuloten und in parlamentarische Mehrheiten zu überführen“. **Diese Einteilung ignoriert alle sozialen und politischen Gegensätze**, die oben beschrieben sind, zwischen Kapital und Arbeit, sozial und antisozial, rechts und links. Es ist absurd und an der Realität vorbei, Gewerkschaften und Sozialverbände, die immerhin Protest gegen die Sozialabbaupolitik der Regierung organisieren, schlicht in ein Lager der „Machterhaltenden“ zu sortieren. Erst recht gilt das für die klassisch linken Kräfte, die die Friedensbewegung und die sozialen und demokratischen Bewegungen prägen und die politisch auf die Linkspartei, den linken Flügel der SPD sowie die DKP und andere linke Kleinparteien orientiert oder ungebunden sind.

10. Eine ernsthafte Darstellung der politischen Landschaft muss **mindestens drei Lager unterscheiden**, wobei auch das viele Differenzierungen ausblendet:
- das der herrschenden Politik und der diese unterstützenden Parteien und Kräfte (vgl. 4.),
- die rechtspopulistische und rechtsextreme Opposition mit der AfD im Zentrum (vgl. 5.),
- die soziale und friedenspolitische Opposition (vgl. 8.), deren Zielsetzungen große Übereinstimmungen mit denen des BSW haben (vgl. 1. und 2.).

Ein zentrales politisches Problem besteht darin, dass das „dritte Lager“ keine wirksame parteipolitische Stimme hat. Die Menschen wählen teils Linkspartei, teils BSW, teils aus Tradition weiter die „Mitte-Parteien“, andere gar nicht. Einige wählen auch die AfD als Protestpartei, die große Mehrheit dieses Lagers will mit der AfD aber nichts zu tun haben und lehnt Zusammenarbeit mit ihr ab. **Die zentrale Aufgabe des BSW besteht darin, für dieses „dritten Lager“ der Opposition gegen Sozialabbau, Hochrüstung und Kriegspolitik eine parteipolitische Vertretung aufzubauen**.

11. Nur wenn die Kräfte für eine soziale und friedenspolitische Alternative in den Gewerkschaften, den sozialen Verbänden, Initiativen, Kirchen und den damit verbundenen eher linken politischen Milieus stärker werden, den Kampf um die Köpfe und Herzen der Menschen in der breiten Masse der Bevölkerung führen und Mehrheiten gewinnen, und damit auch die Mitte-Parteien unter verstärkten Druck setzen, kann die gegenwärtig herrschende Politik aufgehalten werden. Das BSW kann nur dann die politische Partei sein, die diese Entwicklung vorantreibt, wenn es in diesen Organisationen und Milieus verankert und handlungsfähig ist. **Dafür muss das BSW ein entsprechendes politisches Profil haben und es muss völlig klar sein, dass die Partei weder im Lager der etablierten Parteien noch im Lager der AfD steht, sondern gegen beide**. Auch die undifferenzierte Rede von den „Altparteien“ ist nicht sinnvoll, sie stärkt nur die AfD. Die AfD ist nicht anschlussfähig für diese Oppositionskräfte, sondern steht auf der Gegenseite und bekämpft diese Kräfte, und wird von ihnen bekämpft. Dabei kommt es nicht darauf an, wie das innerhalb der Partei diskutiert wird, sondern wie das in der Öffentlichkeit wahrgenommen und interpretiert wird. Wichtig ist dabei auch, dass das BSW als aktiver und unterstützender Partner in den Aktionen und Kämpfen gegen Arbeitsplatz- und Sozialabbau, der Friedensbewegung, der Jugend präsent ist.

12. **Die Partei muss dabei im Kern linkspopulär (oder auch linkspopulistisch) und aufklärerisch auftreten und argumentieren**. Sie muss ein klares politisches Profil und Parteilichkeit entwickeln Interessenvertretung der Arbeitenden und der „kleinen Leute“ in Verbindung mit dem Kampf für Frieden.[3] Sie muss die Gegner und Verantwortlichen für die Misere nicht nur politisch, sondern auch gesellschaftlich „oben“ markieren: die Herrschenden, die (Super-)Reichen, die Konzerne, das Kapital, die Oligarchie, die Steuerhinterzieher, der Militär-Industrie-Komplex. Politische Mobilisierung der Unteren für soziale und friedenspolitische Ziele braucht entsprechenden Gegnerbezug. Sie muss die in den Strukturen und Kräfteverhältnissen des heutigen Kapitalismus und Imperialismus liegenden Ursachen der Krisen und Ungerechtigkeiten deutlich machen (vgl. 3. und 6.). Sie darf reale Probleme, in Bezug auf Migration, Kriminalität, Missbrauch von Sozialleistungen, aber auch von Subventionen, übermäßige Bürokratie, hohe Abgabenbelastungen usw., nicht - wie die Linkspartei - ignorieren oder schönreden, sondern muss sie ernsthaft beantworten. Aber sie darf sie nicht rechtspopulistisch oder neoliberal hochziehen, zu den Haupt-

[3] Vgl. auch https://agbsw.de/agbsw/fuer-ein-bsw-als-glaubwuerdige-arbeitnehmerpartei-fuer-frieden-soziale-gerechtigkeit-und-demokratie/

problemen erklären und gegen ohnehin benachteiligte Minderheiten oder andere Länder wenden. Sie muss von den Interessen, der Kultur und den Einstellungen sowie der Sprache der Mehrheit der Bevölkerung, der arbeitenden Klasse, ausgehen und diese in den Mittelpunkt stellen und auf spaltende, überzogene und diesen nicht vermittelbare Forderungen verzichten. Zugleich darf der Propaganda und dem Druck von oben nicht nachgegeben werden, sondern es muss offensiv dagegen gehalten werden, insb. im Kampf gegen Krieg und Hochrüstung und ihre Begründungen.

13. **Eine Annäherung an die und Zusammenarbeit mit der AfD steht im Widerspruch zu einer solchen Politik und würde das BSW als soziale und friedenspolitische Alternative zerstören**. Eine Zusammenarbeit von AfD und BSW könnte weder Krieg und Hochrüstung noch Sozialabbau und Umverteilung von unten nach oben oder den autoritären Umbau des Staates verhindern. 1. weil die AfD das mehrheitlich gar nicht will, sondern danach strebt, die CDU/CSU als führende Kraft des rechten und konservativen Spektrums abzulösen und mit ihre zusammen die Politik von Sozialabbau und Hochrüstung verschärft fortzusetzen. Sobald die Union zu einer Zusammenarbeit mit der AfD bereit wäre und dann mit Machtbeteiligung und Pöstchen winkt, wird die AfD zu ihr wechseln. 2. weil das bundesweit keine Chance auf Mehrheiten und Durchsetzung hätte und 3. weil das die Möglichkeiten des BSW verbauen würde, in den zentralen Bereichen der Gesellschaft politisch zu wirken, die für eine soziale und friedenspolitische Alternative erreicht werden müssen und die mit der AfD nichts zu tun haben wollen.

Eine Zusammenarbeit des BSW mit der AFD würde bedeuten, dass das BSW hier ähnlich ausgegrenzt würde wie die AfD selbst. Diese „Brandmauer“ auch gegen das BSW wird auch instrumentalisiert, um die Kräfte gegen die herrschende Politik zu spalten, ihr muss entgegengearbeitet werden. Aber sie ist eine soziale Tatsache. Und es geht auch darum, dass das BSW deutlich machen muss, dass es auf der Seite der sozialen und Friedenskräfte steht und nicht der der AfD oder eines repressiven Staates. Der „Magdeburger Weg“ und die Orientierung von Sahra Wagenknecht auf Gemeinsamkeiten und Zusammenarbeit mit der AfD funktioniert nicht als eine Politik zur Überwindung der Brandmauer, sondern sie stellt das BSW neben die AfD auf die andere Seite der Brandmauer und isoliert und zerreibt es damit.

14. **Der Gründungskonsens des BSW bestand darin, eine soziale und friedenspolitische Alternative gegen die herrschende Politik und ihre Parteien und zugleich gegen die AfD aufzubauen.** Eine Stimme für die vielen Menschen, die sich durch keine der vorhandenen Parteien mehr vertreten fühlen. Eine Alternative für wirtschaftliche Vernunft, soziale Gerechtigkeit, Freiheit und Frieden. „Eine Gesellschaft, deren mächtigste Akteure nur noch von der Motivation getrieben sind, aus Geld mehr Geld zu machen, führt zu wachsender Ungleichheit, zur Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen und zu Krieg. Wir setzen dem unsere Ideen von Gemeinsinn, Verantwortung und Miteinander entgegen, denen wir durch Veränderung der Machtverhältnisse wieder eine Chance geben möchten.“ „Rechtsextreme, rassistische und gewaltbereite Ideologien jeder Art lehnen wir ab.“[4] Das BSW lehnt die Politik der „Brandmauer“ gegenüber der AfD ab, weil diese die AfD stärker statt schwächer gemacht hat. Wenn jetzt behauptet wird, die Brandmauer zu überwinden durch eine faktische Zusammenarbeit mit der AfD wie in Sachsen-Anhalt begonnen - der „Magdeburger Weg“ - sei Gründungskonsens, gar „DNA des BSW“ gewesen, dann entspricht das nicht der Wahrheit.

In der Gründungsphase des BSW war von der „Brandmauer“ nicht die Rede. Die AfD wurde immer als politischer Gegner betrachtet, für deren Wähler das BSW eine alternative „seriöse Adresse“ bieten wolle. Bei der Vorstellung des BSW-Vereins am 23.10.2023 sagte Sahra Wagenknecht: „**Selbstverständlich werden wir nicht gemeinsame Sache mit der AfD machen.**“ Und in einem Interview im Deutschlandfunk am 20.06.2024 auf die Frage: "Wie wäre es mit einer Duldung? Wäre so was …“ Wagenknecht: „Also, wir werden sicherlich keinen AfD-Ministerpräsidenten ins Amt hieven, zumal die Ostverbände wirklich auch das Problem haben, dass sie in besonderer Weise einen starken rechtsextremen Flügel haben, oft auch die Spitzen.“ Auf der Pressekonferenz am 25.06.2026 erläuterte sie, das BSW würde „den Unsinn nicht mehr mitmachen bei jedem Antrag nur weil die AFD drauf steht dagegen zu stimmen“, aber „selbverständlich wird es keine aktive Zusammenarbeit mit der AFD geben auf keiner Ebene“. Dabei muss es bleiben, und das muss öffentlich deutlich gemacht werden!

---

[4] https://bsw-vg.de/wp-content/uploads/2024/01/BSW_Parteiprogramm.pdf